

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 30. Juni 1982

Blatt 1934

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte
 Nekula: Stadt Wien nimmt heuer 103 Lehrlinge mehr auf
 Hatzl zu Wohnbaugenossenschaft "Neue Eigenheime"

- Politik: Vor Scheitern des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds?
(rosa)

- Kultur: Goldene Ehrenmedaille für Max Böhm
(gelb) Ehrenring für Staatsoperndirektor Seefehlner

- Nur
über FS: 30.6. Rolling-Stones-Konzert findet statt
 Stromausfall in Teilen des 22. Bezirks

Vor Scheitern des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds?

Utl.: Sozialversicherungen sollen in Wien mindestens 60 Prozent der Spitalskosten tragen

=++++

1 #Wien, 30.6. (RK-POLITIK) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Mittwoch im Wiener Landtag auf Anfrage von LABg. WINDHAB (SPÖ), daß noch im Herbst dieses Jahres das Wiener Krankenanstaltengesetz geändert werden könnte. Neu aufgenommen werden sollte ein sogenannter "Mindestdeckungssatz", nach dem die Zahlungen der Sozialversicherungsträger zu den Spitalskosten nicht unter 60 Prozent der amtlichen Pflegegebühren fallen dürfen.#

Dieser Schritt werde notwendig, da die Verhandlungen über den Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds gestern, Dienstag, vorläufig gescheitert sind. Mayr betonte, daß die Leistungen des Bundes und der Sozialversicherungsträger für diesen Fonds seit 1978 anteilsmäßig gesunken sind, während sich die Leistungen der Länder und Gemeinden erhöhten. Die Länder forderten daher im Frühjahr 1982 eine Wiederherstellung des 1978 - bei Gründung des Fonds - gegebenen Finanzierungsverhältnisses. Dies wäre durch zusätzliche jährliche Leistungen von mindestens 500 Millionen durch den Bund und die Sozialversicherungen möglich gewesen. Dieser, so Mayr, "sehr maßvollen" Forderung setzte man ursprünglich ein Anbot von 300 Millionen entgegen. Gestern, Dienstag, kam es nun zu einem Anbot des Bundes von 300 Millionen für 1983, 385 Millionen für 1984 und 470 Millionen für 1985 - insgesamt also 1.155 Millionen auf 3 Jahre. Die Länder reduzierten ihre Forderung auf 400 Millionen pro Jahr, gaben jedoch an, daß das die unterste Grenze sei. Die Verhandlungen kamen daher zu keinem Ergebnis.

Es ist nun zu erwarten, daß das Bundesland Salzburg noch heute, Mittwoch, den Fonds mit Wirkung vom 31.12.1982 aufkündigen wird. Da die Aufkündigung eines Mitglieds die Auflösung des Fonds bewirkt, ist zu befürchten, daß es ab 1983 keinen Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds mehr geben wird. (Schluß)
sei/gg

Nekula: Stadt Wien nimmt heuer 103 Lehrlinge mehr auf
Utl.: Freisprechungsfeier für Lehrlinge der Stadt Wien

=++++

2 #Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Im Festsaal des Wiener Rathauses fand Mittwoch die Freisprechung von 202 Bürokaufmannslehrlingen und bautechnischen Zeichnerlehrlingen der Stadt Wien statt. Wie Personalstadtrat Franz NEKULA ausführte, hat die Stadt Wien seit 1964 4.630 junge Menschen in den verschiedensten Berufen ausgebildet. Heuer werden von der Stadt Wien um 103 junge Menschen mehr als in den vergangenen Jahren aufgenommen, sodaß 450 Lehrlinge bei der Stadt Wien in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz erhalten. Da die Stadt Wien neben der Lehrlingsausbildung auch eine Reihe von anderen Berufsausbildungen anbietet, wie etwa die Ausbildung zu Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen, Sozialarbeitern usw., werden im heurigen Jahr insgesamt rund 1.500 junge Menschen eine Ausbildung bei der Stadt Wien finden, sagte Nekula.#

Von den 230 zur Abschlußprüfung angetretenen Lehrlingen haben 202 die Prüfung bestanden. 42 Lehrlinge bestanden mit Auszeichnung, 55 mit sehr gut. Alle Lehrlinge erhielten ein Staatsbürgerbuch. Die Lehrlinge, die mit Auszeichnung abschlossen, zwei Golddukat, die Lehrlinge mit sehr gutem Erfolg, einen Golddukat.

Bei der Abschlußfeier waren der Erste Landtagspräsident Hubert PFOCH, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Rudolf PÖDEL, der ständige Stellvertreter des Magistratsdirektors OSR Dr. Alfred PEISCHL, Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Personal- und Rechtsangelegenheiten sowie leitende Beamte der Stadt Wien und Angehörige der Lehrlinge anwesend. (Schluß) en/gg

NNNN

Goldene Ehrenmedaille für Max Böhm

=++++

14 #Wien, 30.6. (RK-KULTUR) "Du repräsentierst das Wienertum wie nur wenige andere", sagte Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK, als er in Vertretung des erkrankten Bürgermeister dem Schauspieler und Kabarettisten Max BÖHM am Mittwoch die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold überreichte.#

Der Gemeinderat hat diese Ehrung, die speziell für Künstler und Wissenschaftler geschaffen wurde, einstimmig an Max Böhm verliehen. Zilk bezeichnete diese Auszeichnung als Dank für ein Lebenswerk, mit dem sich Max Böhm Millionen Freunde geschaffen hat. "Du kannst etwas, was nur ganz wenige können: Ein beseligendes Lächeln schenken und Freude bereiten. Auch in den schwersten Stunden Deines eigenen Lebens ist Dir das gelungen". Max Böhm verwies darauf, daß er vor 24.000 Tagen in der Knöllgasse in Favoriten geboren wurde und sich immer als Wiener gefühlt habe. "Ungünstige Umstände haben mich manchmal aus Wien weggeführt, günstige Umstände immer wieder zurückgebracht", sagte er. "In einem Buch über mein Leben müßte unter dem Datum 30. Juni 1982 stehen: Einer der schönsten Tage in meinem Leben".

Max Böhm, am 23. August 1916 als Sohn eines Arztes in Wien geboren, bestand 1935 die Schauspielprüfung, spielte an deutschsprachigen Bühnen in der Tschechoslowakei, in Berlin und Bremen, dann an einer Wehrmachtstage, von der er wegen "Zersetzung der Wehrkraft" strafweise zu einer Luftnachrichtenkompanie versetzt wurde. 1945 Kabarettist in Linz, 1949 am Volkstheater in Wien, Arbeit beim Sender "Rot-Weiß-Rot", 1950 bei der Fundfrage einer Radiozeitschrift zum "Populärsten Österreicher" gewählt, 1954-1974 am Simpl, später an verschiedenen Bühnen im In- und Ausland, seit 1976 Mitglied des Theaters in der Josefstadt. (Schluß) sti/bs

NNNN

Ehrenring für Staatsoperndirektor Seefehlner

=++++

15 #Wien, 30.6. (RK-KULTUR) "Ein Stöck Kultur - und Zeitgeschichte" nannte Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK den Direktor der Wiener Staatsoper, Hofrat Prof. Dr. Egon SEEFEHLNER, dem er in Vertretung des erkrankten Bürgermeisters am Mittwoch den Ehrenring der Stadt Wien überreichte. #

Es gab vor allem zwei Gründe dafür, daß Ihnen der Gemeinderat diese höchste sichtbare Auszeichnung zuerkannt hat," sagte Zilk. "Erstens sind Sie überall, wo Sie tätig waren, Österreicher geblieben. Und zweitens haben Sie Wien nach der Zeit des Faschismus den Dornröschenkuß gegeben und die Kunst der Zeit nahegebracht." "Was ich bin und kann, habe ich von dieser Stadt," sagte Direktor Seefehlner. "Sie hat mir die Kraft gegeben, die jeder Mensch braucht, und den Wienerischen Geist, den nur haben kann, wer hier geboren ist oder ihn hier mühsam erworben hat. Nur wer diesen Geist erkannt hat, kann hier bestehen und dieses Labyrinth zwischen Genie und Untergang durchschreiten."

Egon Seefehlner wurde am 3. Juni 1912 in Wien geboren, absolvierte die Theresianische Akademie und die Konsularakademie, volontierte an der Gesandtschaft in Paris, studierte Rechtswissenschaften und wurde 1937 promoviert. Nach Arbeit als Jurist in der Privatwirtschaft wurde er 1945 Kulturreferat der ÖVP und Generalsekretär der Österreichischen Kulturvereinigung. 1946 bestellte ihn die Konzerthausgesellschaft zum Generalsekretär. Er erwarb sich große Verdienste darum, die Musik von Mahler, Berg, Schönberg und Hindemith wieder in Erinnerung zu rufen und führte bis dahin unbekannte Dirigenten wie Bernstein und Maazel in Wien ein. 1955 wurde er zum Stellvertreter des Staatsoperndirektors Dr. Karl Böhm berufen und blieb in dieser Funktion, als Herbert von Karajan 1956 die künstlerische Leitung übernahm. 1961 wurde Seefehlner Vizedirektor der Deutschen Oper in Berlin, 1972 Generalintendant. 1976 wurde er Direktor der Wiener Staatsoper. (Schluß) sti/ap

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident PFOCH wurde die Sitzung des Wiener Landtages eröffnet. Wie Pfoch bekanntgab, liegt ein Bericht über die Tätigkeit der Volksanwaltschaft vor, der dem Ausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten zugewiesen wurde.

Die Sitzung begann mit einer Fragestunde. Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. FÜRST (ÖVP), ob in nächster Zeit mit einem Gesetz zur Besteuerung von Plastikflaschen und Aluminiumdosen in Wien zu rechnen ist, sagt LHStv. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß diese Möglichkeit von der Finanzverwaltung geprüft wurde, vor allem, um den vermehrten Einsatz von umweltfreundlicheren Pfandflaschen zu fördern. Wegen der Wettbewerbsverzerrung sollte eine derartige Steuer jedoch nur in Vereinbarung mit anderen Bundesländern geschlossen werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Fröhlich-Sandner bereit sei, die Bundesregierung auf die unkoordinierte Vorgangsweise hinzuweisen, wenn man einerseits die Produktion von Aluminiumdosen fördere und dann diese einer Besteuerung unterziehe, sagte Fröhlich-Sandner, sie werde darauf hinweisen, daß derartige Einweggebinde zu Umweltschwierigkeiten führen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sie bereit sei, zwischen den in dieser Frage widersprüchlichen Ministern Steyrer und Staribacher zu vermitteln, sagte Fröhlich-Sandner, eine Vermittlung komme ihr nicht zu, sie könne jedoch auf die Problematik aufmerksam machen. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Schritte man unternehmen werde, um zu verhindern, daß der Wiener Naherholungsraum durch Eingriffe der Umlandgemeinden geschädigt wird, sagte LHStv. FRÖHLICH-SANDNER, daß mangels behördlicher Autorität ein Einschreiten nur mit Hilfe anderer Behörden möglich ist. Im Fall der Mülldeponie der Stadt Klosterneuburg könne man eine Anzeige bei den zuständigen Behörden einbringen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese Deponie bei der gemeinsamen Institution Wiens und Niederösterreich zur Sicherung der Naherholungsräume zur Sprache gebracht werde, sagte SANDNER, das werde in der nächsten Sitzung geschehen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es darüber hinaus unmittelbare Schritte bei der Niederösterreichischen Landesregierung geben werde, sagte SANDNER, sie sei bereit Gespräch auf höchster Ebene einzuleiten.

Die DRITTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von StR. Dr. GOLLER (ÖVP), warum das Wiener Unvereinbarkeitsgesetz auf Grund der Neufassung des Unvereinbarkeitsgesetzes auf Bundesebene noch nicht entsprechend adaptiert worden sei, sagte FRÖHLICH-SANDNER, daß die durch die Novelle des Bundesgesetzes eingeführten Unvereinbarkeitsvorschriften unmittelbar vollziehbar sind, ohne daß es einer zusätzlichen landesgesetzlichen Regelung bedarf.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE von StR. Dr. GOLLER, warum noch keine Meldung der freiberuflichen Tätigkeit von Mitgliedern der Landesregierung, wie es im Bundesgesetz vorgesehen ist, im Amtsblatt der Wiener Zeitung erfolgt ist, sagte FRÖHLICH-SANDNER, sei werde Mitteilung machen, wann diese Meldung erfolgt sei.

Auf die ZWEIYE ZUSATZFRAGE, ob die Absicht zur Novellierung des Wiener Unvereinbarkeitsgesetzes besteht, sagte FRÖHLICH-SANDNER, daß dieses aus dem Jahr 1925 stammende Gesetz im Rahmen der Überarbeitung der Stadtverfassung ebenfalls angepaßt wird. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Ing. SVOBODA (SPÖ), wann mit der Vorlage des Entwurfes einer Novelle zum wiener Veranstaltungsgesetz zu rechnen sei, antwortete Stadtrat Prof. Dr. ZILK, daß der Amtsentwurf, der verschiedenen Neuregelungen im Bereich der Spielapparate zum Inhalt hat, nach Übereinstimmender Beschlußfassung im Unterausschuß von der ÖVP in der Landesregierung abgelehnt wurde. Deshalb sind weitere Beratungen notwendig. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Ursache für die Verzögerung sagte Zilk, daß der Grund in der mangelnden Koordination innerhalb der ÖVP liege, da ihr Delegierter im Unterausschuß dem Entwurf ausdrücklich zugestimmt hatte. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann mit einer neuerlichen Vorlage zu rechnen sei, antwortete Zilk, daß diese wichtige Materie eine übereinstimmenden Beschlußfassung notwendig mache. Er könne deshalb keinen Termin nennen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. HOLUB (SPÖ), welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die zu erwartenden schädlichen Auswirkungen des Kohlekraftwerkes Tullnerfeld auf Wien auszuschließen, antwortete Stadtrat SCHIEDER, daß die Stadt Wien sowohl rechtliche als auch politische Mittel ergreife. Der Einbau von Filteranlagen sei auch in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht billiger als die nachträgliche Beseitigung von Schäden. Es sollen deshalb von vorherein Maßnahmen zu bestmöglicher Entschwefelung gesetzt werden. Schieder richtete den Appell an die Verantwortlichen in der E-Wirtschaft und in der Politik, alles zu tun, daß Kraftwerke so vernünftig und umweltsicher gebaut werden, wie sie tatsächlich gebaut werden können. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE des LAbg. Mag. KAUER (ÖVP), was er, unter anderem auch durch entsprechende landesgesetzliche Maßnahmen, unternehmen werde, damit die Interessen des Umweltschutzes in Wien in Zukunft noch stärker als bisher berücksichtigt werden, antwortete Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), er könnte jetzt sehr lange auf einzelne Vorhaben eingehen. Das meiste sei allerdings schon bei der vorhergehenden Frage erwähnt worden.

Die wichtigste legislative Maßnahme auf dem Gebiet des Umweltschutzes sei zweifellos der Entwurf des Wiener Naturschutzgesetzes. Es wird die Einrichtung von Natur- und Nationalparks ermöglichen und bei Verstößen zusätzliche Handhabe bieten. Bereits vom Wiener Landtag beschlossen ist die sogenannte "Luftreinhaltenovelle" zum Wiener Feuerwehrgesetz.

Als wesentliche Maßnahme bezeichnete Stadtrat Schieder auch die Einrichtung eines Beschwerdekatasters über die Geruchsbelästigung in Wien. Auf weiteren 71 Detailgebieten des Umweltschutzes gebe es Vorhaben der Stadt Wien.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob im Naturschutzgesetz auch die Institution eines "Naturschutzanwaltes", der außerhalb des Magistrats stehe, vorgesehen sei, antwortete Stadtrat Schieder, diese Funktion werde die Naturschutzbehörde auch erfüllen können. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob eine Lösung wie beim Vorarlberger Landschaftsschutzgesetz nicht wesentlich sinnvoller als die vorgesehene sei, antwortete Stadtrat Schieder, daß das Vorarlberger Gesetz von den Wiener Behörden erst geprüft werden müsse. (Forts.)
roh/gg

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. KUCHAR (FPÖ), wie viele Sechs-Tage-Volksschulen es im kommenden Schuljahr in Wien geben werde, antwortete LHStv. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ), daß es im Schuljahr 1982/83 in 28 öffentlichen Volksschulen Sechs-Tage-Unterricht geben werde.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sie der Meinung sei, daß es pädagogisch sinnvoller wäre, den Lehrinhalt auf sechs Tage zu verteilen, antwortete Gertrude Fröhlich-Sandner, daß sie immer dieser Auffassung gewesen wäre. Allerdings hätten sich die Eltern in zahlreichen Schulen in demokratischer Willensbildung für den Fünf-Tage-Unterricht entschieden. Bei knappem Abstimmungsergebnis sei versucht worden, die Eltern doch noch von der Sechs-Tage-Schule zu überzeugen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sie dazu bereit wäre, sich dafür einzusetzen, in jenen Bezirken, wo es keine Sechs-Tage-Schule gibt, wenigstens einzelne Klassen im Sechs-Tage-Unterricht zu führen, antwortete Gertrude Fröhlich-Sandner, sie wäre gerne bereit, diese Anregung mit dem Wiener Stadtschulratspräsidenten zu diskutieren, obwohl sie organisatorische Schwierigkeiten befürchte.

Die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. WINDHAB (SPÖ) nach dem aktuellen Stand der Verhandlungen über den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, beantwortete Stadtrat MAYR. (siehe eigene Aussendung der "RATHAUSKORRESPONDENZ"). (Forts.) roh/and/gg

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LABg. Christine SCHIRMER (SPÖ) welche Entscheidungen vom Bund zur Übernahme der "Nordbergbrücke" in das Bundesstraßennetz getroffen wurden, antwortete StR. Ing. HOFMANN, daß der Wunsch nach Übernahme des Straßenstückes in das Bundesstraßennetz dem Bautenministerium übermittelt und entsprechend begründet wurde. Nach einem Gespräch mit Bautenminister SEKANINA soll die "Nordbergbrücke" als B 232 unter dem Namen Spittelauer Straße in die Novelle zum Bundesstraßennetz aufgenommen werden.

Auf die ELFTE ANFRAGE von LABg. Dkfm. AMMANN (ÖVP) wann mit dem Abschluß der Verhandlungen betreffend eine Neuordnung des Bundesstraßennetzes zu rechnen sei, teilte StR. HOFMANN mit, daß laut Bautenministerium noch in diesem Jahr eine Novelle des Bundesstraßengesetzes 971 vorliegen wird. Diese erste Novelle wird sich mit der Neuordnung von Autobahnen beschäftigen, eine zweite Novelle wird die Neuregelung der Bundesstraßen beinhalten. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Veränderungen bei den Bundesstraßen sagte StR. HOFMANN, daß er eine umfangreiche Liste von Änderungen habe, die er im nächsten Gemeinderatsausschuß "Straße, Verkehr und Energie" bekanntgegeben wird. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE ob für Autobahnen nicht benötigte Gelder zugunsten von Park-and-Ride-Systemen oder zugunsten des öffentlichen Verkehrs umgeschichtet werden, wies StR. HOFMANN darauf hin, daß die Mittel des Bundesstraßenbaufonds für den Straßenbau zweckgebunden sind.
(Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Landtag (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die ZWÖLFTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die 13. ANFRAGE von LAbg. FÜRST (ÖVP), wie sich die Lärmbelästigung sowie die Luft- und Wasserverunreinigung durch die Motorboote im Erholungsgebiet der Alten Donau sowie auf der Neuen Donau mit dem Umweltschutz vereinbaren läßt, antwortete StR. SCHIEDER, daß es zwei Verordnungen gebe, die das Befahren der Alten Donau und der Neuen Donau mit Motorbooten grundsätzlich verbietet. Ausgenommen sind Einsatzfahrzeuge, der Fährverkehr auf der Neuen Donau sowie Motorboote für Rettungszwecke oder bei Wassersportveranstaltungen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob StR. SCHIEDER bereit sei, die Genehmigungen für private Motorboote an der Alten Donau zu überprüfen, sagte StR. SCHIEDER, daß eine Anweisung zur Überprüfung von der Magistratsabteilung 58 (Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens) getroffen werden müsse. Möglicherweise haben nicht alle Motorbootfahrer tatsächlich Genehmigungen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob StR. SCHIEDER ein umweltfreundlicher Treibstoff, mit dem die Motorboote der Polizei angeblich angetrieben werden, bekannt sei, sagte SCHIEDER, er habe einen Hinweis auf ein Gutachten erhalten, daß es tatsächlich einen solchen Treibstoff für Motorboote geben könnte. Er werde sich dieses Gutachten ansehen.

Ende der Fragestunde. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Landtag (9)

Utl.: Anträge

=++++

11 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ brachte eine Gesetzesvorlage betreffend den verfassungsrechtlichen Schutz des Wald- und Wiesengürtels ein. Außerdem lag dem Landtag ein Antrag der ÖVP über die Teilzeitbeschäftigung von pragmatisierten Lehrern vor.

Zwtl.: Wahl eines Mitgliedes des Bundesrates

Anstelle von Dr. Anna DEMUTH (SPÖ), die ihr Mandat zurückgelegt hat, wurde Elisabeth DITTRICH (SPÖ) mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP als neues Mitglied in den Bundesrat gewählt.

Zwtl.: Landarbeitsordnung

Stadtrat NEKULA (SPÖ) beantragte eine Novellierung der Wiener Landarbeitsordnung im Sinne einer Vereinheitlichung des Dienstnehmerschutzes. Die Gesetzesvorlage wurde einstimmig ohne Debatte angenommen.

Zwtl.: Jagdgesetz

Stadtrat NEKULA (SPÖ) beantragte eine Änderung des Wiener Jagdgesetzes, um die Bestimmungen dieses mehr als 30 Jahre alten Gesetzes den heutigen Erfordernissen und Vorstellungen anzupassen. Auch diese Vorlage wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

(Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Abgabe auf unvermietete Wohnungen

=++++

12 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) brachte ein Gesetz zur Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen im Wiener Landtag ein. MAYR betonte, daß damit - neben dem Bau und der Förderung von Neubauwohnungen - eine weitere Verbesserung der Wohnungsversorgung in Wien erreicht werden soll.

Die Abgabe auf unvermietete Wohnungen soll eingehoben werden, wenn eine Wohnung sechs Monate nicht vermietet ist. Falls Arbeiten in der Wohnung zur Standardanhebung vorgenommen werden, verlängert sich die Frist um ein weiteres Jahr. Von der Steuer ausgenommen sind Eigentumswohnungen, Dienstwohnungen von Körperschaften, sowie Ein- und Zweifamilienhäuser. Ebenfalls ausgenommen sind Wohnungen, die auf grund ihres Standards nicht vermietbar sind. Diese müssen jedoch der Stadt wien zur Weitervermietung angeboten werden.

Die Höhe der Abgabe beträgt das Dreifache der Höchstvermietungsätze nach der Mietengesetzgebung, also 66 Schilling pro Quadratmeter für Wohnungen der Katagorie A, 49,50 für Wohnungen der Katagorie B, 33 Schilling für Wohnungen der Kategorie C und 16,50 für solche der Kategorie D.

MAYR kündigte flankierende Maßnahmen im Gemeinderat an, um eine Umgehung des Gesetzes durch Scheinmietverträge zu verhindern. Demnach soll es auch eine Abgabe auf vermietete aber nicht benützte Wohnungen geben. Diese Wohnungen sollen über den Energieverbrauch erfaßt werden. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Landtag (11)

Utl.: Abgabe auf unvermietete Wohnungen

=++++

13 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Ein dirigistisches Wohnungswesen erfordere fortlaufend neue dirigistische Maßnahmen, wie sie das neue Gesetz darstelle, erklärte LABg. KUCHAR (FPÖ). Bei einem freien Wohnungsmarkt wäre eine Abgabe auf unvermietete Wohnungen nicht notwendig.

Da man nicht wisse, wieviele der über 100.000 leerstehenden Wohnungen vermietet sind, zweifle er an einem Erfolg dieses neuen Gesetzes, stellte KUCHAR fest. Auf die leerstehenden, aber vermieteten Wohnungen habe das Gesetz keine Auswirkungen. Bei den unvermieteten Wohnungen würde durch Scheinmietverträge und ähnliche Maßnahmen die Abgabe umgangen werden. Man könne auch niemanden zwingen, Strom und Gas anzumelden, um eine Kontrolle zu ermöglichen. Nur durch freie Markt Wirtschaft auf dem Wohnungssektor könne man die bestehenden Probleme lösen. Auch das neue Mietrechtsgesetz werde durch die Abgabe desavouiert.

Der ÖVP warf LABg. KUCHAR vor, sie habe auch kein Vertrauen mehr in den freien Markt, wenn sie, wie Landesparteiobmann BUSEK in einem Artikel, gegen die Mietzinserhöhung polemisiere. Auch die ÖVP trage die Verantwortung für die derzeit herrschenden Zustände am Wohnungsmarkt. In ihren eigenen Wohnbaugenossenschaften herrsche noch weniger Ordnung als in jenen der SPÖ, wie die neuen Probleme mit einer Wiener Wohnbaugenossenschaft, die der ÖVP nahesteht, bewiesen.

"Wir glauben, daß man das österreichische Wohnungswesen nur durch Anpassung an den Markt verbessern kann", erklärte LABg. KUCHAR. Seine Vorschläge, wie zum Beispiel die öffentliche Kontrolle von Wohnbaugenossenschaften und die Festlegung von Mietpreis und Fertigstellungstermin beim Bau von Wohnhäusern, seien im Wiener Landtag immer abgelehnt worden.

Seine Fraktion werde der neuen Abgabe nicht zustimmen. (Forts.)

roh/gg

NNNN

Wiener Landtag (12)

Utl.: Abgabe auf unvermietete Wohnungen

=++++

16 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. PETRIK (ÖVP) erklärte, in Wien würden die Wohnungen knapper, weil sie qualitativ nicht genutzt werden können. Die Bausparmittel werden geringer, die Heizkosten höher. Es gibt ein geringes Angebot an günstigen Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Man müsse davon ausgehen, daß das Mietrechtsgesetz die Erwartungen nicht erfüllt hat. Petrik vermutete, daß es bei diesem neuen Gesetz nur um die politische Optik gehe. 9.000 Wohnungen können nicht gebaut werden, weil die Förderungen zwar zugewiesen, aber die Mittel nicht vorhanden sind, sagte Petrik weiter.

Dr. Petrik konkretisierte sodann die Bedenken der ÖVP gegen den Gesetzesentwurf:

- o Für die Eigentümer wird es selbstverständlich möglich sein, einen "Zwischenwirt" zu finden oder fingierte Mietverträge abzuschließen.
- o Der Entwurf nimmt zum Beispiel auf die Praxis der Einräumung von Wohnrechten oder die Vergabe auf Leibrente keine Rücksicht.
- o Nur der EIGENTÜMER einer Wohnung muß den subjektiven Bedarf nachweisen, nicht jedoch der Mieter, der problemlos auch mehrere Wohnungen mieten kann.
- o Es wäre notwendig gewesen, zu erheben, aus welchen Gründen Wohnungen nicht vermietet werden können - weil sie zum Beispiel unvermietbar sind.
- o Ungeklärt ist, was geschieht, wenn eine Wohnung für eine spätere Zusammenlegung mit einer Nachbarwohnung freigehalten wird.
- o Ein spezielles Problem stellen leere Wohnungen in Gemeindeanlagen dar - welche Kontrollmechanismen bestehen zur Überprüfung durch die Oppositen?

Es bestehe nicht die Absicht, den Wohnungsmarkt mobiler zu machen, sondern es gehe nur um die politische Optik, zog Petrik den Schluß. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (13)

Utl.: Abgabe auf unvermietete Wohnungen

=++++

17 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Das Gesetz wird einerseits die Mobilität auf dem Wohnungssektor erhöhen, andererseits neue Impulse für die Altstadterhaltung setzen, sagte LAbg. SALLABERGER (SPÖ). Das Mietengesetz von 1968 habe zur Unsicherheit auf dem Wohnungssektor geführt, das neue Mietrechtsgesetz wird viele Probleme verringern. Die Abgabe auf unvermietete Wohnungen ist eine Zusatzmaßnahme zum neuen Mietrechtsgesetz. Es gibt auch ÖVP-Mandatäre die dieses Gesetz begrüßen, wie beispielsweise Bezirksvorsteher techn. Rat Ing. HEINZ. Auch Vizebürgermeister BUSEK hat sich zunächst für ein Bußgeld für leerstehende Wohnungen ausgesprochen. Die Befürchtungen von LAbg. PETRIK, daß auch Kleingärtner Steuer zahlen müssen, sind grundlos, denn Kleingärten dienen nicht dem täglichen Wohnbedürfnis, stellte LAbg. Sallaberger richtig.

Wie man in Zeiten der ÖVP-Alleinregierung gesehen hat, kann man Wohnungsprobleme nicht mit den Mitteln des freien Marktes lösen. Derzeit gibt es zehntausende Anträge bei den Schlichtungsstellen auf Herabsetzung der Mieten. Das Beispiel anderer Großstädte zeigt, daß freie Wohnungen und leerstehende Häuser Spekulationsobjekte werden. Die Stadt Wien will hier einen Riegel vorschieben. LAbg. Sallaberger zählte verschiedene Maßnahmen der letzten Zeit auf, die die Wohnungssituation verbessern: Das neue Mietrechtsgesetz mit dem Erhaltungsbeitrag, das Wohnbausonderprogramm, die "Altstadtmilliarde" und die Wohnungsverbesserungen. Allein durch den Erhaltungsbeitrag kommt den Klein- und Mittelbetrieben ein Investitionsimpuls von 700 bis 900 Millionen Schilling zugute. LAbg. Sallaberger appellierte an die Opposition, dem Gesetz zuzustimmen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Landtag (14)

Utl.: Abgabe auf unvermietete Wohnungen

=++++

18 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR nahm in seinem Schlußwort zu den Ausführungen seiner Vorredner Stellung. Zur Forderung von LABg. KUCHAR, den Mietern von Altwohnungen die gleiche Hilfe zu geben wie den Neubaumieter, sagte MAYR, daß derartige Maßnahmen geplant sind. Im übrigen sei es ein Irrtum, so MAYR, wenn KUCHAR glaube, daß allein der angestrebte Profit die Deckung eines Bedürfnisses ermöglicht. Besonders auf dem Wohnungssektor muß es Gesetze geben, die den Markt regeln.

Zu den Ausführungen von LABg. PETRIK bemerkte MAYR, daß sie eine Reihe von Mißverständnissen enthalten. So sei es unrichtig, daß Schrebergartenhäuser von dem Gesetz betroffen wären. Ebenso können Wohnungen, die für Zusammenlegungen freigehalten werden, nicht unter die Steuer fallen. PETRIK irre auch, wenn er glaube, daß die Gemeinde an ihre eigenen Wohnungen nicht die gleichen steuerlichen Maßstäbe anlege wie an alle anderen.

Abschließend appellierte MAYR an die ÖVP, diesem Gesetz im Geiste der katholischen Soziallehre, die sehr wohl eine soziale Bindung des Eigentums kennt, zuzustimmen.

ABSTIMMUNG: Der Gesetzesantrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Schluß) gab/ap

NNNN

Hatzl zu Wohnbaugenossenschaft "Neue Eigenheime"

Utl.: "Sanierung wäre die beste Lösung"

=++++

19 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Eine rasche Sanierung der VP-nahen Genossenschaft "Neue Eigenheime" durch ihre verantwortlichen Organe wäre die beste Lösung für alle Mieter, die nun um ihr Geld bzw. um ihre Wohnungen bangen müssen, stellte Wohnbaustadtrat Johann HATZL zur jüngsten Wohnbaugenossenschaftsaffäre fest. Eine Stellungnahme von Seiten der Wohnbaugenossenschaft ist noch immer ausständig.

Wenn Vizebürgermeister BUSEK behauptet, er könne sein Wissen über diese Geschehnisse nur auf Zeitungsberichte stützen, so sei dies sehr verwunderlich. Sollte Klubobmann HAHN den Vizebürgermeister nicht informiert haben? fragte Hatzl. Nachdem Präsident Hahn am Freitag, dem 25. Juni, den Abteilungsleiter der MA 50 über die Zahlungsunfähigkeit der "Neuen Eigenheime" informierte, habe auch er, Hatzl, durch den Abteilungsleiter davon erfahren. Am Montag wurde diese mündliche Information durch den Bericht des Revisionsverbandes, der an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig läßt, erhärtet. Er habe daraufhin sofort reagiert, sagte Hatzl, den Gemeinderat informiert und die Förderungsmittel für die "Neuen Eigenheime" sperren lassen. Vizebürgermeister Busek will offensichtlich die Tatsache, daß prominente ÖVP-Funktionäre in der Genossenschaft tätig sind, mit haltlosen Gegenangriffen und Unterstellungen gegenüber dem Wohnungsstadtrat wegwischen, schloß Hatzl. (Schluß) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

20 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Anschließend setzte der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) seine am Vortag unterbrochenen Beratungen über den Rechnungsabschluß 1981 mit der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales fort.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER wies darauf hin, daß im Rahmen des Sozialwesens 1,9 Milliarden und für die Krankenanstalten 9,4 Milliarden ausgegeben wurden. Hinter diesen Zahlen stehen die Leistungen von 22.000 Mitarbeitern, durch die vielen Tausenden Menschen geholfen werden konnte.

Bei der Behindertenhilfe, bei der Heimhilfe und bei der Flüchtlingshilfe waren die Aufwendungen höher als im Budget veranschlagt.

Wien ist eine der sozialsten Städte der Welt, betonte Stacher, und besitzt vorbildliche Einrichtungen für alte Menschen. Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Hilfe, wobei allerdings diejenigen, die es sich leisten können, dafür auch bezahlen sollen. Im Vorjahr wurde die Aktion "Sozialer Bürger" ins Leben gerufen. Acht soziale Stützpunkte wurden errichtet.

Im Rahmen der Strukturverbesserung bei den Spitälern wurden einige wesentliche Maßnahmen, sowohl im Bereich der Infrastruktur als auch bei medizinischen Einrichtungen durchgeführt. So wurden Strahlenschutzbetten errichtet, eine Intensivblutbank wurde eingerichtet, im SMZ-Ost begann die Besiedlung des Pflegeheimes. Die Zahl der Dialysebetten wurde vermehrt. Sie werden auch von zahlreichen niederösterreichischen Patienten in Anspruch genommen.

(Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

21 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Nach wie vor schwierig ist die Situation beim Pflegepersonal, sagte Stacher. Die Abgänge können zwar gedeckt werden, aber eine Aufstockung ist nicht möglich.

Eines der größten Anliegen ist die Humanisierung der Krankenanstalten. Ab 15. Juli wird in den städtischen Spitälern probeweise auch der Besuch von Kindern möglich sein. Nach einer erfolgreichen Erprobung im SMZ-Ost wird ab 15. Juli in allen Pflegeheimen die Besuchszeit von 11-19 Uhr ausgedehnt.

Stacher verwies auf die großen Fortschritte der Psychiatriereform, die auch international bereits große Beachtung findet. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

22 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Wie aus einer Aussendung der österreichischen Ärztekammer hervorgehe, gebe es in Wien derzeit 380 neu promovierte Ärzte, die auf einen Turnusplatz warten. Das entspricht einer Arbeitslosenrate von 19,2 Prozent, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) in seiner Wortmeldung. Für die in ihrer Ausbildung blockierten Ärzte, die sozialrechtlich nicht abgesichert seien und keine Unterstützung erhielten, müsse möglichst bald etwas geschehen.

Die Bevölkerung habe nicht das Gefühl, ärztlich überversorgt zu sein, es müßte daher genug Arbeitsmöglichkeiten für Nachwuchsmediziner geben. Deshalb stellte GR. Hirnschall eine Reform der ärztlichen Berufsausbildung zur Diskussion. Um den bestehenden Engpaß an Ausbildungsplätzen zu beheben, müßte es möglich sein, sechs bis acht Monate bei einem frei praktizierenden Arzt zu absolvieren. Damit könnte auch eine praxisnähere Ausbildung verwirklicht werden. Diese Reform falle zwar nicht in die Kompetenz des Gemeinderates, aber da Wien mit 380 arbeitslosen Jungärzten das am meisten betroffene Bundesland ist, sollte Stadtrat Stacher hier eine Initiative setzen.

Den Vorschlag der Ärztekammer, daß vor dem Studium ein Krankenpflegedienst zu absolvieren wäre, bezeichnete GR. Hirnschall als inhaltlich gut, dieser Dienst dürfe aber nicht als Bremse für Medizinstudenten verstanden werden. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

23 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) sagte, ihre Fraktion sei mit der Integration sozialer Randschichten und dem Ausbau der Nachbarschaftshilfe, die Stadtrat STACHER nannte, einverstanden. Positiv äußerte sie sich auch zur Möglichkeit des Spitalsbesuchs für Kinder und der Anpassung zum Beispiel der Wegzeiten an den normalen Rhythmus im SMZ-Ost.

Für das Gesundheitswesen werden derzeit jährlich 10 Milliarden ausgegeben. Das bedeutet 1,2 Millionen pro Stunde. Ein besonders hoher Anteil davon entfällt auf Personalkosten und läßt sich kaum reduzieren. Es ist jedoch zu überlegen, welcher Nutzen den verbleibenden Kosten gegenüber steht. "Werden wir gesünder, leben wir länger, gibt es tatsächlich mehr Volksgesundheit?", fragte Schlick. Die Wiener Gesundheitsstudie enthalte keine Interpretation des Inhalts, die eine Ableitung von Zielen ermöglichen würde, kritisierte Dr. Schlick. Aus einer Schweizer Studie gehe hervor, daß ein Mehr an Ausgaben nicht zu einer Verbesserung der Gesundheitssituation führe.

Stadtrat Stacher habe nicht zu Autolärm und -abgasen sowie zur beabsichtigt gewesenen Verbauung und zur Ghettobildung in Wohnsiedlungen Stellung genommen. Sie vermisse auch Stachers Einfluß und Stellungnahme rund um die EBS - das wäre aktive, integrative Gesundheitspolitik, meinte Sigrun Schlick. Es müßte möglich sein, daß bei Großvorhaben eine Prüfung auf die Gesundheitsauswirkungen vorgenommen wird. Eine sektorale Gesundheitspolitik sei nicht mehr zeitgemäß. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

24 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Dr. Sigrun SCHLICK befaßte sich sodann mit dem Zielplan für das Gesundheitswesen aus dem Jahre 1975 und kritisierte unter anderem, daß bis heute keine Mittel- und Wegplanung vorliegt und eine Ergänzung der quantitativen Daten durch qualitative fehle. Sie verlangte eine Bedarfserhebung als Grundlage für die Umwandlung von Akutbetten in Pflegebetten. Es müßte einen Wiener integrierten Gesundheitsplan geben, der auch die niedergelassenen Ärzte und die Ambulatorien der Wiener Gebietskrankenkasse erfaßt.

Die Kostenstellenrechnung, die im Jahr 1978 mit großem finanziellen und personellen Aufwand eingeführt wurde, sollte ein effizientes Führungsinstrument sein und außerdem die Basis für weitergehende Produktionsvergleiche schaffen. Dieses Ziel wurde nach Ansicht von Dr. Schlick nicht erreicht. Kritisch setzte sich Dr. Schlick mit der Sperre von Betten während des Sommers auseinander, die gelegentlich bei 35 Prozent liegt.

Abschließend stellte Dkfm. Dr. Schlick den ANTRAG, eine Prognosestudie hinsichtlich der konkreten Auswirkungen der Forderungen von Sozialminister Dallinger nach einer weiteren Arbeitszeitverkürzung sowie einer Urlaubsverlängerung (5. Urlaubswoche) auf die Wiener städtischen Krankenanstalten und Pflegeheime in Auftrag zu geben. Dabei sollten vor allem personelle Änderungen, Mehrkosten durch erhöhte Personalkosten und sonstige Kosten ermittelt werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

25 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungsabschluß 1981 zeigt die zahlreichen Leistungssteigerungen im Sozialbereich auf, stellte GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) fest. Wien ist eine der sozial fortschrittlichsten Städte der Welt. Für Wien ist das soziale Netz besonders wichtig, da 318.000 Menschen älter als 65 Jahr sind. Der Notruf für Gesundheit und Soziales wurde 1981 13.615 mal in Anspruch genommen. Durch den Kontaktbesuchsdienst wurden 150.000 Menschen in allen Wiener Bezirken besucht. Eine dabei durchgeführte Umfrage ergab, daß die persönliche Nächstenhilfe recht hoch ist: 87.000 Menschen werden durch Verwandte betreut, 16.500 durch Nachbarn und 16.300 durch Bekannte. Die Heimhilfe wurde auf alle Spitäler ausgeweitet. 1981 wurden 2,813.155 Heimhilfestunden geleistet. Die mobilen Krankenschwestern betreuten 4.088 Patienten. Sie helfen auch Familienangehörigen mit Rat und Tat. In den 174 Pensionistenklubs wurden zahlreiche Aktivitäten gesetzt, die der Vereinsamung der älteren Menschen entgegen wirken. Einer der ältesten Sozialdienste, das Essen auf Rädern, ist leicht rückläufig. Immer mehr ältere Menschen ziehen es vor, ihre Mahlzeit in Gesellschaft in einem kleinen "Beisl" einzunehmen. Mit den neun sozialen Stützpunkten in Wien gibt es eine gute Zusammenarbeit. In 15 Pensionistenheimen stehen 4308 Wohn- und Pflegebetten zur Verfügung. Pro Jahr werden auch weiterhin zwei Pensionistenheime errichtet. Die Besuchszeit in den B-Stationen wurde von 11 bis 19 Uhr ausgedehnt. Für die älteren Menschen in Wien wird viel getan, sagte GR. Andrilik. Es ist daher unverständlich, daß die ÖVP Stadträtin Kubiena behauptet, daß die alten Menschen "abgeschoben und weggestellt" werden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

26 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auch zum Jahr der Behinderten zog GR. Eveline ANDRLIK Bilanz. Für die Behindertenhilfe wurden 184,6 Millionen ausgegeben. Beträchtlich war die Erhöhung des Budgets für den Klub Handicap. Durch die Behindertenkommission der Stadt Wien können 69 Behinderte bei der Stadtverwaltung aufgenommen werden. Durch gemeinsame Anstrengungen aller Fraktionen sollen die Behinderten eine echte Chance erhalten, ihr Leben möglichst gut zu meistern. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

29 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) sagte eingangs zu einer Mitteilung von Stadtrat MAYR in der Fragestunde, die die Auflösung des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds betraf, er könne nicht verstehen, daß hier gerade die Stadt Wien kein Agreement mit Finanzminister SALCHER finden könne.

Hawlik wies auf den Abgang von 4,5 Milliarden im Wiener Gesundheitswesen hin. Diese Kostenexplosion beruhe auf der überproportionalen Nachfrage nach medizinischen Leistungen und deren ebenfalls überproportionaler Preissteigerung. Man müsse bei Patienten und bei Ärzten das Kostenbewußtsein wecken, um das Gesundheitswesen im finanzierbarem Bereich zu halten. Hawlik betonte, daß die Wiener Spitäler die teuersten Österreichs seien und wies auf die vom Kontrollamt aufgezeigten Mängel in der Führung der Spitäler hin. Es gelte nun, baldigst Maßnahmen zu einer kostenbewußten Führung der Spitäler zu ergreifen. Die Zweckmäßigkeit einer finanziellen Abgeltung der Kosten für Fremdpatienten bezweifelte Hawlik.

Abschließend brachte Hawlik einen ANTRAG zur Erzielung von sinnvollen Einsparungen im Gesundheitsbereich ein. Der Antrag sieht die Einrichtung einer Bedarfsprüfungskommission für die Anschaffung von medizinischen Geräten, die Schaffung eines sogenannten "Gerätepools", die Einführung einer "Befundmappe" für Patienten, die Optimierung der Auslastung hochtechnisierter Geräte und - zur Entlastung der Ambulanzen - die bessere Verteilung der niedergelassenen Ärzte in Wien vor. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

30 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Im Gesundheits- und Sozialbereich ist es schade um jeden Schilling, der falsch ausgegeben wird, sagte Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (ÖVP). Aus dem Rechnungsabschluß ergeben sich - neben vielen positiven Leistungen - auch bedenkliche Tendenzen. So lassen die Minderausgaben beim Neubau des AKH Zweifel daran aufkommen, ob dieses Krankenhaus überhaupt jemals fertig werden wird. Hier wäre der Einsatz von mehr Mitteln notwendig gewesen. Erfreulich sind die Minderausgaben im Bereich des Psychiatrischen Krankenhauses. Noch immer ein Problem stellt die Nachsorgung bei Krebskranken dar. Die Einnahmenentwicklung bei den Krankenanstalten ist unbefriedigend. Kubiena kritisierte den Mangel an Pflegebetten. Das Sozialamt muß im Pflegeheimsektor enorme Zuschüsse leisten. Eine Steigerung von 46 Prozent innerhalb von zwei Jahren muß zu denken geben. Der Staat macht immer mehr Menschen zu Unterstützungsempfängern.

Rund 380 Jungärzte warten derzeit in Wien auf einen Ausbildungsplatz. Das Recht auf Arbeit muß auch für Ärzte gelten. Notwendig ist auch eine realistische Information der Maturanten über ihre künftigen Berufschancen. Die Wartelisten sollen transparent gemacht werden. Kubiena trat für einen Versicherungsschutz für die auf ihre Ausbildung wartenden Jungärzte und für einen Ausbau der Lehrpraxen ein. Gesundheitspolitik darf sich nicht gegen die Ärzte richten, schloß Kubiena. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

31 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Daß die Österreicher ein "volk von Sozialhilfeempfängern" sind oder es werden könnten, wies GR. Gabrielle TRAXLER (SPÖ) in ihrer Wortmeldung zurück. Falls es zu einer Urlaubsverlängerung kommen sollte, dürften auch die Krankenschwestern und -pfleger nicht davon ausgenommen werden. Die Zahl der Krankenpflegeschulen nimmt laufend zu, die durchschnittliche Arbeitszeit der Krankenschwestern konnte auf etwa 46 Stunden in der Woche reduziert werden. Außerdem verlangte GR. Traxler eine eindeutige Stellungnahme der ÖVP-Fraktion zur Frage der Urlaubsverlängerung.

Nach drei Jahren Psychiatriereform seien die Maßnahmen fast abgeschlossen. Das Kuratorium Psychosoziale Dienste konnte bei vielen Schwierigkeiten von die Anstalt verlassenden Patienten helfend eingreifen, wie GR. Traxler am Beispiel eines Einzelfalles erläuterte. Über Tausenden Patienten wurde durch die Übergangshilfe schon geholfen.

12 bis 15 Prozent aller Österreicher kommen irgendwann mit der Psychiatrie in Kontakt. Die überwiegende Einstellung der Bevölkerung dazu sei Spott oder Angst; das gelte es abzubauen. Ein Schritt dazu wäre der Psychiatriereform durch die Öffnung gegenüber der Bevölkerung auch gelungen. 162 Millionen Schilling wurden seit ihrem Beginn dafür ausgegeben. Für 1982 sind 88 Millionen vorgesehen. Signifikant für den Erfolg der Reform sei es auch, daß vorher nur etwa 12 Prozent der Patienten freiwillig aufgenommen wurden, während es jetzt bereits 30 Prozent sind.

Sie stehe auch auf dem Standpunkt, daß zusätzliche Ausbildungsplätze für Nachwuchsärzte notwendig sind, erklärte GR. Traxler. Vor allem auf dem Gebiet der Psychiatrie gebe es zuwenig Fachärzte.

Abschließend dankte GR. Traxler Stadtrat Stacher, allen Beteiligten und allen Fraktionen, die die Psychiatriereform unterstützt haben und rief zur weiteren Zusammenarbeit auf. (Forts.)

roh/bs

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

33 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER erklärte, es gebe wohl in den Spitälern einen Engpaß in der ärztlichen Ausbildung, allerdings besteht noch ein deutlicher Mangel an praktischen Ärzten und Fachärzten verschiedener Sparten. Er berichtete über die Bemühungen, zusätzliche Ausbildungsplätze in den Spitälern zu schaffen, die Einrichtung einer darüber hinausgehenden Zahl ist jedoch kaum möglich, weil die Ausbildung leiden würde. Stacher trat für die Neueinführung einer halbjährigen Lehrpraxis bei niedergelassenen Ärzten ein, doch müsse geklärt werden, wer für die zusätzlichen Kosten aufkommen würde. Ab dem nächsten März wird ein Pflichtfamulatur vorgeschrieben, wodurch durchschnittlich 600 Studenten zusätzlich vier Monate in die Spitäler kommen werden, insbesondere ins Allgemeine Krankenhaus.

Zu den Vorwürfen, daß die Kostenstellenrechnung zu langsam den erwarteten Erfolg bringe, erklärte Stacher, daß es nicht realistisch ist, beim Umfang der Aufgabe einen reibungslosen Ablauf bereits innerhalb von zwei bis drei Jahren zu verlangen. Eine in der Diskussion geforderte Kostenträgerrechnung, bei der die Aufwendungen für jeden einzelnen Patienten berechnet werden, sei sehr personalaufwendig, kostenintensiv und nicht effizient. Wenn erklärt werde, daß in absehbarer Zeit um 3.000 Betten zuviel zur Verfügung stehen würden, werde dabei nicht berücksichtigt, daß die Menschen heute älter werden als früher und sich damit zwangsläufig auch mehr Krankenhausaufenthalte ergeben.

Stacher setzte sich sodann mit der Nachsorge für Krebskranke Patienten auseinander. Ob eine Nachsorge durch praktische Ärzte oder Klinik besser ist, werde derzeit untersucht. Die schönste Statistik in der Nachsorge nütze nichts, schade aber den Patienten. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

34 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der Pflegebetten ist gestiegen und nicht zurückgegangen, hielt Stadtrat STACHER den Ausführungen von Stadtrat KUBIENA entgegen. Im Zielplan ist ein Bedarf von 6.220 vorgesehen, es gibt aber bereits 6.237. Allerdings werden NOCH mehr Betten gebraucht. Für die Wohnheimplätze setzte Stacher ein Ziel von 16.000. Derzeit gibt es die Hälfte, und pro Jahr werden 500 neue Wohnheimplätze geschaffen.

Vielfältige Einrichtungen und Unterstützungen durch Institutionen gibt es für die Drogenkranken. Die Zahl der Mitarbeiter auf diesem Gebiet in Wien ist größer als jene aus dem ganzen übrigen Bundesgebiet, erklärte Stacher.

Es ist keine Frage, daß in der Gesundheitspolitik die Prävention Vorrang hat. Der Stadtrat erinnerte daran, daß die Impfungen, der Gesundheitspaß, der Mutter-und-Kind-Paß und die Vorsorgeuntersuchungen wesentliche Vorkehrungen zur Verhinderung von Krankheiten sind. Heute ist es auch keine Frage, daß die Erhaltung einer gesunden Umwelt zur Prävention gehört; in diesem Bereich ist auch die Reduktion von Blei im Benzin und die Untersuchung auf Erkrankungen durch Blei bei Arbeitern zu sehen. "Wenn ein Haus niedergedrückt wird, soll ein Park entstehen, aber wie soll man Wohnungen schaffen, wenn Sie dagegen sind, Wohnungen am Rand der Stadt im Grünen zu bauen", fragte Stadtrat Stacher.

Um mehr praktische Ärzte zu gewinnen, war es in der Vergangenheit notwendig, verschiedene unpopuläre Maßnahmen zu setzen. Die Vorgangsweise war erfolgreich: Die Zahl der Ärzte ist gestiegen, das Durchschnittsalter ist zurückgegangen. Fachärzte für Psychiatrie, Neurologie, HNO und Kinderkrankheiten werden noch gesucht. Anreize zur Niederlassung von Ärzten wurden etwa auch durch Kredite geschaffen. Große Schwierigkeiten hat es gemacht, für zusätzliche Ärzte Kassenverträge zu bekommen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Gesundheit

=++++

35 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Stacher schilderte, daß der Ambulanzbetrieb zwar erhöhte finanzielle Belastungen für die Spitäler bedeutet, aber volkswirtschaftlich weniger kostet. Es werde immer vom inhumanen Krankenhaus gesprochen, weil es zuviel technische Geräte gebe. Man könne aber nicht sagen, daß etwa der Computertomograph inhuman sei, der den Patienten viele unangenehme Untersuchungen erspart. Es sei wichtig, daß die Ärzte lernen, den Patienten die Vorteile der Apparate zu erklären. Während bisher primär theoretisches Wissen und zuwenig praktische Erfahrung für Ärzte und Pflegepersonal vermittelt wurden, sollte künftig mehr Gewicht auf die praktische Ausbildung gelegt werden.

"Die Politik ist die Kunst des Möglichen", sagte Stacher. "Ich glaube, hier sagen zu können, daß in den letzten achteinhalb Jahren das Mögliche tatsächlich geschehen ist. Vorher ist es sicher nicht geschehen. Das Unmögliche ist selbstverständlich nach wie vor zu verlangen. Wir werden aber glücklich sein, in den nächsten Jahren das Mögliche für das Gesundheitswesen zu erreichen," schloß Stacher.
(Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

36 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Städtische Dienstleistungen würden im allgemeinen als so selbstverständlich empfunden, daß man gewöhnlich erst an sie denke, wenn sie einmal ausfallen oder nicht funktionieren, erklärte StR. VELETA in seinem Überblick über die Geschäftsgruppe Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz. Als Beispiel dafür, wie sich die städtischen Dienstleistungen den heutigen Bedingungen anpassen mußten, nannte VELETA die Müllabfuhr. Erst seit der Umweltschutz in den Vordergrund gerückt ist, gebe es andere Methoden als die Ablagerung von Müll auf Deponien. VELETA erinnerte allerdings daran, daß vermehrter technischer Aufwand zur Berücksichtigung des Umweltschutzes auch seinen Preis habe.

Zu den kürzlich aufgetauchten Vorwürfen über die angebliche Verseuchung des Grundwassers im Bereich der Deponie Rautenweg, meinte VELETA, dort würden weder Schlamm noch Schlacke der Entsorgungsbetriebe Simmering abgelagert. Das in der Presse zitierte Gutachten aus dem Jahre 1979 sei gerade deshalb erstellt worden, weil man ein Jahr vor der Inbetriebnahme die genauen Werte einer möglichen Verseuchung kennen lernen wollte. Heute würden jedenfalls sicher keine giftigen Schwermetalle ins Grundwasser gelangen.

Um die Leistungen der Müllabfuhr zu verdeutlichen, wies der Stadtrat darauf hin, daß der Abfall gegenüber 1980 gewichtsmäßig um 1,8 Prozent auf 514.000 Tonnen und volumsmäßig um 2,8 Prozent auf 5,175.000 Kubikmeter angestiegen sei. Bei der seit November 1977 laufenden Aktion zur Einsammlung von Altglas wurden in bisher 800 aufgestellten Sammelbehältern insgesamt 16.317 Tonnen Altglas eingesammelt und der Glasindustrie zur Wiederverwertung zugeführt.
(Forts.) rü/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

37 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) 1981 wurden insgesamt 7.870 kennzeichenlose Kraftfahrzeuge von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt, davon 3.930 Abschleppungen aufgrund von Verzichtserklärungen. VELETA erinnerte daran, daß bei Abgabe solcher Verzichtserklärungen die Fahrzeuge in sehr kurzer Zeit entfernt werden können. Die Zahl der verkehrsbehindert abgestellten Fahrzeuge, die abgeschleppt werden mußten, belief sich auf 11.576.

Zum Problem Salzstreuung meinte Veleta, natürlich wolle jeder in Wien Grün erhalten und keinen einzigen Baum vernichten. Aber es gehe auch um die Erhaltung der Sicherheit im Straßenverkehr. Trotz unzähliger Versuche mit neuen Stoffen konnte bis jetzt kein geeignetes Mittel gefunden werden, doch gebe es bei entsprechender Verbesserung bereits Ansätze. In einem Großversuch im kommenden Winter solle in Alleestraßen kein Salz mehr gestreut werden. Veleta meinte allerdings, er hoffe, daß man ihm dann nicht ein Nichtfunktionieren der Schneeräumung vorwerfen werde.

Die Wiener Holding erzielte 1981 16,76 Millionen Schilling Gewinn. In den sieben Jahren ihres Bestandes habe sich die Holding mit ihren mehr als 30 Tochtergesellschaften zu einem wichtigen Instrument der Wirtschaftspolitik der Stadt Wien entwickelt, deren innovative Tätigkeit über die Grenzen Wiens hinaus für die ganze Region von Bedeutung sei. Beispielsweise komme der Ausbau des Wiener Hafens nicht nur der Wiener Wirtschaft zugute, sondern bringe auch Teilen Niederösterreichs, des Burgenlandes und der Steiermark erhebliche wirtschaftliche Vorteile. (Forts.) rö/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

38 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KUCHAR (FPÖ) wies zunächst darauf hin, daß eine Reihe von Dienstleistungen in Wien zu teuer sind. Mit verschiedenen Tricks versuche man im Budget die überhöhten Preise - so etwa beim Wasser - zu rechtfertigen. Auch im Bereich der Friedhöfe sei es verwunderlich, wenn für die ehemaligen Sperrfriedhöfe nun rückwirkend für zehn Jahre Gebühren verrechnet würden. Hier sei es an der Zeit, daß der Konsumentenschutzstadtrat VELETA mit dem Dienstleistungsstadtrat VELETA ein ernstes Wort spreche.

Anschließend ging KUCHAR auf die Wiener Heizbetriebe ein und würdigte deren positive Leistungen. Durch das Fernheizwerk Spittelau und die Kraft-Wärme-Kupplung Simmering würden pro Jahr Heizölkosten in der Höhe von 100 Millionen gespart. Wenn nun aber der weitere Ausbau des Fernwärmenetzes schleppend vor sich gehe, so liege das daran, daß die Heizwerke seit 1975 keine Unterstützung von der Stadt erhielten und auf den Kapitalmarkt angewiesen sind. Er könne das nicht verstehen, sagte KUCHAR, da die Energieersparnis und die Umweltfreundlichkeit der Fernwärme sehr wohl eine Investition durch die Stadt rechtfertigen würden. Abgesehen davon würden Investitionen auf diesem Gebiet einen äußerst positiven Effekt auf die Arbeitsplatzsicherung in Wien haben. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

39 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Wien leidet seit vielen Jahren unter einer starken Abwanderungsbewegung, sagte GR. ARTHOLD (ÖVP). Viele Wiener haben den Wunsch nach einem eigenen Haus mit Garten. Diesem Wunsch sollte man nach Möglichkeit Rechnung tragen. ARTHOLD brachten den ANTRAG ein, die Möglichkeit zu schaffen, gemeindeeigene Siedlungs- und Reihenhäuser auf Wunsch der Mieter ins Wohnungseigentum zu übertragen. Bei der Festsetzung des Kaufpreises sind die analogen Bestimmungen wie beim Verkauf einer Genossenschaftswohnung heranzuziehen. In begründeten Einzelfällen soll auch die ratenweise Abstattung des Kaufpreises in zehn Jahresraten eingeräumt werden. Die Einnahmen sollen für die Stadterneuerung verwendet werden. (Forts.) ger/ap

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

40 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Magistratsabteilungen dieser Geschäftsgruppe mit einem Personalstand von 2.697 Bediensteten seien für die Stadt äußerst wichtige Dienstleistungsabteilungen, deren Wirken in der Öffentlichkeit erst dann bewußt wird, wenn einmal etwas nicht funktioniert, sagte GR. LACINA (SPÖ). Im Vorjahr wurden 562,8 Millionen investiert, unter anderem in die Hauptkläranlage, die dritte Wasserleitung und in das Rohrnetz der Wasserwerke.

Die Versorgung mit Trinkwasser gehört zu den wichtigsten und ältesten Dienstleistungen der Verwaltung. Durchschnittlich 426.000 Kubikmeter Wasser pro Tag werden dem Wiener Rohrnetz zugeführt. Die Versorgung ist damit heute ausreichend gesichert, seit nahezu zehn Jahren waren keine Sparmaßnahmen mehr notwendig. Durch konsequente Lecksuche konnten etwa 20 Prozent eingespart werden.

Schon seit den Fünfzigerjahren ist die dritte Wiener Wasserleitung aus der Mitterndorfer Senke in Planung, nach sechsjähriger Bauzeit wurden 1981 alle zum Betrieb notwendigen Anlagen fertiggestellt. Wegen der Schwierigkeiten mit dem Grundwasserspiegel in der Mitterndorfer Senke mußte der Hauptversuch im Vorjahr abgebrochen werden, die betroffenen Bauern wurden entschädigt. Allerdings seien durch die ganz Österreich betreffende Trockenperiode des Vorjahres die Untersuchungswerte verfälscht worden. Nun liege die Entscheidung über die Zukunft der dritten Wasserleitung bei Landeshauptmann Ludwig, und die Wiener ÖVP habe Gelegenheit, "pro Wien"-Haltung zu zeigen und sich für die Wasserleitung einzusetzen.

Die dritte Wiener Wasserleitung sei keine Fehlplanung, wie eine Wiener Tageszeitung bereits berichtet habe, sondern sichere die Wasserversorgung für Wien bis ins Jahr 2000, schloß GR. LACINA.

(Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

41 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUMANN (ÖVP) setzte sich mit der Situation der Wiener Holding auseinander. Er berichtete über Verluste der Odelga und kritisierte, daß nach Übertragung des AKH-Auftrages an die VOEST-Alpine von der Stadt Wien akzeptiert wurde, daß die Odelga von VOEST-Töchtern "niederkonkurrenziert" wurde. Schwierigkeiten gebe es auch bei den gemeindeeigenen Baufirmen, nur die WIBEBA funktioniere noch halbwegs. Die GESIBA arbeite am Trend der Stadterneuerung vorbei. Die Redimensionierung der Bauwirtschaft werde vorallem dem Fertigteilsektor treffen, meinte Neumann. Er ging dann auf die Mischek-Auffanggesellschaft ein und sprach von unterschiedlichen Aussagen der Stadträte MAYR und VELETA über eine Beteiligung der Stadt Wien in diesem Zusammenhang. In diesen Tagen ist nun die endgültige Entscheidung gefallen, daß sich die Stadt Wien nicht beteiligt, erläuterte Neumann. Die unterschiedlichen Aussagen seien bei der sensiblen Situation der Bauwirtschaft ungünstig gewesen.

Bei einigen Tochterfirmen der Holding nehme man es mit der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit nicht ernst, sagte Neumann. Verschwenderisch werde man, wenn es darum geht, die "Consultatio" mit neuen Aufträgen zu versorgen. Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit müssen in dieser Zeit Grundsätze der Wirtschaftspolitik sein. Es ist notwendig, aus Erfahrungen zu lernen, ergänzte Neumann. (Forts.)
and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

42 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Holding ist ein wertvolles Instrument für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, stellte GR. EDER (SPÖ) fest. Sie konnte 1981 eine positive Bilanz verzeichnen, auch wenn nicht alle ihre "Töchter" problemlos sind. Gerade in der Baubranche gibt es derzeit eine europaweite Rezession, und auch die Wiener Baufirmen stehen im härtesten Konkurrenzkampf zueinander. Das ÖVP-Rezept vom "Gesundshrumpfen" wird die SPÖ jedoch nicht übernehmen, denn es bedeutet einen Verlust von Arbeitsplätzen. Statt dessen sorgt die SPÖ für Nachfrageimpulse: Beispielsweise durch das Wohnbausonderprogramm, durch die Errichtung des AKH, der U-Bahn, der Donauinsel und des Konferenzzentrums. Die GESIBA hat gerade in einer schwierigen Zeit mit dem Baublock C in Alt-Erlaa begonnen. Eine Umstrukturierung innerhalb der Baubranche ist nur bei einem hohen Auslastungsgrad der Bauwirtschaft sinnvoll. Umstrukturieren darf nicht das neue Fremdwort für Kündigung und Arbeitslosigkeit bedeuten. Die ÖVP gefällt sich bei einer Reihe von Holding-Töchtern in der Schwarzmalerei, wie zum Beispiel bei der Fertigteilbau, beim Donauturm oder bei der Wiener Hafengesellschaft. Der Ausbau des Hafens sei überaus notwendig, betonte Eder. Der Hafen hat besonders durch den Aufschwung des Container-Terminals an Bedeutung gewonnen. Auch die Realisierung des Donau-Oder-Elbe-Kanals ist keine Utopie mehr. Es müssen daher Vorkehrungen getroffen werden.

Bei den Heizbetrieben hob GR. Eder vor allem den Ausbau der Fernwärme hervor. Die Fernwärme ist die derzeit billigste Energieform. 1981 konnten durch die Kraft-Wärme-Kupplung in Simmering 55.000 Tonnen Heizöl eingespart werden. Dadurch wurde auch der Schwefeldioxyd Gehalt in der Luft um 2.700 Tonnen verringert.
(Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

43 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAMPEL-FUCHS (ÖVP) zählte eine Reihe "kranker Saurier" auf, wie Rinter-AG, Entsorgungsbetriebe Simmering und Biomüll und wandte sich dann vor allem der Wiener Wasserversorgung zu. Es sei noch gar nicht abzusehen, meinte sie, wann die dritte Wiener Wasserleitung Wasser aus der Mitterndorfer Senke beziehen können. Überdies hätten einige Brunnen im Einzugsbereich bereits gesperrt werden müssen und man wisse auch noch nicht, ob die krebserregenden chlororganischen Stoffe aus dem Einzugsbereich ferngehalten werden könnten. Es sei jedenfalls unverständlich, wenn Stadtrat VELETA mitteilt, daß die Erschließung abgeschlossen sei, obwohl man noch nicht wisse, wann man jemals Wasser aus diesem Gebiet beziehen können.

Zur umstrittenen Frage der Mülldeponie Rautenweg meinte Hampel-Fuchs, dort würden jedenfalls Rest von den Entsorgungsbetrieben Simmering und damit in konzentriertester Form, Gifte und Schwermetalle gelagert. Und das auf einer Deponie, die nicht für Sondermüll gedacht wäre. Hampel-Fuchs kritisierte weiter, daß die unterschiedlichen Härtegrade des Wiener Wassers geheimgehalten würden. Viele Bezirke könnten sich Enthärter sparen, wenn sie um die Härtegrade wüßten.

Weil sich nach Ansicht der ÖVP die Fälle mehren, wo im Zuge von Sachkrediterhöhungen und Nachtragsforderungen bei Kanalbauten Unsicherheit entstehe, ob das ursprünglich als Bestbot dargestellte Offert tatsächlich diese Qualifizierung verdiene, stellte Hampel-Fuchs einen ANTRAG: Das Kontrollamt der Stadt Wien soll beauftragt werden, Budgetierung, Ausschreibungs- und Vergabepaxis, sowie Sachkrediterhöhungen bei der MA 30 auf Übereinstimmung mit Haushaltsordnung, ö-Norm und den einschlägigen gesetzlichen Bestimmung zu überprüfen. (Forts.) rö/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

44 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. EBERT (ÖVP) wies auf die Bedeutung des Handels für die Wiener Wirtschaft hin. Der Wiener Handel hat einen Umsatz von 300 Milliarden S und beschäftigt 125.000 Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang sagte Ebert, daß nur wirtschaftlich gesicherte Betriebe Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können. Heute jedoch sind viele Handelsbetriebe wirtschaftlich gefährdet und eine Urlaubsverlängerung ist nicht zu vertreten. Sie würde nicht neue Arbeitsplätze schaffen, sondern im Gegenteil eher zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen.

Ebert sprach sich im besonderen dafür aus, die Wiener Marktbetriebe zu unterstützen und nicht wie bei der Markthalle im 3. Bezirk durch Fehlplanungen zu beeinträchtigen.

Eine Sanierung der Wirtschaft ist nur über die Klein- und Mittelbetriebe möglich, sagte Ebert. Würde man die Förderung, die man für Großbetriebe und für Großprojekte aufwendet, in die Klein- und Mittelbetriebe stecken, so hätte man den vielfachen Effekt. Als positiven Aspekt nannte Ebert die Aktion der Handelskammer "Einkauf in Wien", die versucht, den Umsatzabfluß ins Wiener Umland zu stoppen.

Abschließend sagte Ebert, daß nur gemeinsam die Probleme gelöst werden können, die es derzeit im Wirtschaftsleben gibt. (Forts.)
gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

45 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) wies darauf hin, daß manche Waren in Einkaufszentren außerhalb Wiens billiger angeboten werden als in Wien.

Das neue Wiener Kleingartengesetz hat sich in der Praxis bewährt. Der Demokratisierungsprozeß in diesem Bereich wurde weitergeführt. Der Kleingartenbeirat schuf die Basis für den Ausgleich der Interessen. SVOBODA hob die Kooperation aller im Beirat Vertretenen hervor. Derzeit werden in Wien 6,68 Millionen Quadratmeter städtischer Grund für Kleingärten genutzt. Die Gesamtfläche wurde in den letzten drei Jahren um 218.000 Quadratmeter vermehrt. Wien ist bisher das einzige Bundesland, das ein Kleingartengesetz hat, betonte SVOBODA. Bestehende Kleingärten sollen soweit wie möglich erhalten, neue Kleingärten geschaffen werden. Die seit Jahrzehnten im Wald- und Wiesengürtel existierenden Kleingärten sollen - soweit die entsprechenden Voraussetzungen vorhanden sind - auch widmungsmäßig gesichert werden. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

46 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Seit April dieses Jahres lasse bereits der Bericht des Kontrollamtes zum Thema Sondermüll in den EBS auf sich warten, stellte GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) fest. Sie richtete an Stadtrat VELETA daher die Bitte, die nötige Klärung möglichst voranzutreiben.

Auch das Geruchsproblem sei trotz hoher Investitionen noch immer nicht beseitigt, die Schlammverbrennungsanlagen wurden im Bericht des Stadtrates nicht einmal erwähnt. Um solche technischen Probleme zu vermeiden, schlug GR. Schaumayer vor, in Zukunft nicht nur das Know How zu kaufen, sondern neue Technologien nur mit Funktionsgarantie der liefernden Firma zu übernehmen.

Auch bei der Rinter AG zeige sich, daß weder eine restlose Müllverwertung noch die vertraglichen Jahresmengen erfüllt würden. Es sei nun Aufgabe der Stadt Wien, sich klar zu werden, ob die Rinter AG ihre Aufgabe in Zukunft werde erfüllen können. GR. Schaumayer stellte deshalb den ANTRAG, daß Stadtrat VELETA die Entscheidungsgrundlagen für eine Neufassung oder Beendigung des Vertrages mit der Rinter AG dem Wiener Gemeinderat bis spätestens Oktober 1982 vorzulegen habe.

Abschließend forderte GR. SCHAUMAYER Stadtrat VELETA auf, seine Möglichkeiten stärker und initiativer auszunutzen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

47 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HABERL (SPÖ) erläuterte die Gründe, die zur Übertragung der Müllentsorgung an die Firma RINTER geführt haben: Der für eine ursprünglich in Diskussion gestandene Müllverbrennungsanlage angebotene Standort wäre nicht geeignet gewesen; bei der Verbrennung wären 40 Prozent Schlacke übrig geblieben, die unter Umständen grundwassergefährdend hätten deponiert werden müssen. Probleme hätte es auch mit den Emissionen gegeben. Wenn die Heizbetriebe Wien (Müllverbrennung Spittelau) heute gelobt werden, sei dies erfreulich, denn in den frühen siebziger Jahren gab es auch dazu negative Stellungnahmen.

Haberl nahm Bezug auf die Ausführungen von GR. Dkfm. Dr. EBERT (ÖVP) und sagte, die Gewerkschaft habe auch mit den Stimmen des ÖAAB eine Urlaubsverlängerung vorgeschlagen. Aus einer Studie gehe hervor, daß eine Woche Arbeitszeitverkürzung pro Jahr 24.000 bis 28.000 Arbeitsplätze sichert. Die Einsparung für den Staat lägen in diesem Fall bei zwei bis vier Milliarden.

GR. Haberl ging sodann auf den Vertrag mit der Firma Rinter ein und erklärte, die Müllumwandlung sei einer privaten Firma übertragen worden, weil es zwar Aufgabe der Stadt Wien ist, die Müllentsorgung durchzuführen, jedoch nicht, neue Produkte herzustellen. Derzeit laufen neue Verhandlungen über eine Adaption des Vertrags. Ein Gutachten hat gezeigt, daß die Anlage optimierbar ist.

Abschließend wies Haberl darauf hin, daß Wien das einzige Bundesland mit einer Sondermüllbeseitigung ist und alles daran gesetzt wird, um einen ordnungsgemäßen Betrieb zu gewährleisten.

(Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

48 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. EBERT (ÖVP) wies zum Debattenbeitrag von GR. Ing. SVOBODA darauf hin, daß nach einem Preisvergleich des Vereins für Konsumentenschutz kaum ein Preisunterschied zwischen der Shopping-City-Süd und den Wiener Kaufhäusern besteht. Bei der Konsumentenschutztagung war man sich darüber einig, daß die Niedrigstpreise als "Konsumentenlockvögel" verschwinden müßten. Erhebliche Preisunterschiede sind zum Beispiel bei den verschiedenen Filialen des "Konsum" festzustellen. (Forts.)

ba/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

49 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Zu den verschiedenen Debattenbeiträgen nahm Stadtrat VELETA Stellung. Die Dienstleistungen stehen in seiner Geschäftsgruppe im Vordergrund. Allerdings könne nicht auf die Entrichtung gewisser Gebühren verzichtet werden. Auch bei den Heizbetrieben müssen die Menschen für die Leistungen, die sie konsumieren, aufkommen. Die Stadt Wien hat mit dem Siedlungsprogramm für mehr als 1.500 Menschen den Wunsch nach einem eigenen Haus im Grünen erfüllt. Durch eine Änderung der Bauordnung wurde der Begriff der Gartensiedlung geschaffen, die den Siedlern die Möglichkeit gibt, die Grundstücke als Eigentum zu erwerben. Die Wohnsiedlungen im 10. Bezirk könnten allerdings nicht ins Eigentum übertragen werden. Hier fehlen die nötigen rechtlichen Voraussetzungen. Man soll bei den Menschen nicht unsinnige Hoffnungen erwecken, sagte Stadtrat Veleta. Die positive Bilanz der Holding hob Stadtrat Veleta nochmals hervor. Natürlich haben einige Holding-Töchter auch Verluste, aber dabei handelt es sich um Freizeit- oder Erholungsbetriebe, die niemals mit positiver Bilanz geführt werden können, weil hier der Dienst an der Bevölkerung im Vordergrund steht, wie beispielsweise das Theater an der Wien, die Stadthalle oder das Erholungsgebiet Laxenburg. Acht Tochterfirmen der Holding wurden, wie schon früher, von der Consultatio geprüft. Die Entrichtung des Honorars richtete sich nach der Gebührenordnung für Steuerprüfer. Die Wasserversorgung Wiens funktioniert auf Grund eines einfachen Wasserkonzepts. Es gibt zwei Hochquellenwasserleitungen und das Grundwasserwerk in der Lobau. Die dritte Wiener Wasserleitung dient der Reserve im Falle von Reparaturen der anderen Wasserleitungen. Außerdem wurde mit der Erschließung eines Grundwasservorkommens auf der Donauinsel begonnen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

50 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Da sich der Härtegrad des Wassers ständig ändert, können keine exakten Angaben darüber gemacht werden. Die Markthalle im 3. Bezirk wird von zahlreichen Einkäufern gerne angenommen. Ausreichender Parkplatz erleichtert das Einkaufen. Die Vorlage des Kontrollamtsberichtes über die EBS kündigte Stadtrat VELETA für die nächste Zeit an. Ab Juli wird auch der zweite Drehrohrofen seinen Betrieb wieder aufnehmen. Ein Projektleiter zur Koordinierung wurde vor kurzem eingesetzt.

Die vertraglichen Jahresmengen bei der Rinter-AG werden zwar heuer noch nicht erfüllt, doch werden sie in Zukunft sicher erreicht werden. Der Vertrag mit der Rinter-AG war für längerfristig berechnet. Bei den Grundstücksabteilungen wurden große Initiativen gesetzt, wobei die MA 40 preisregulierend eingreift. Von Inseratenangeboten in den Zeitungen verspricht sich Stadtrat Veleta nicht viel, da die Stadt Wien dann bei den Preisen immer benachteiligt wäre. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Dienstleistungen

=++++

51 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP) wies am Beispiel einer Presseführung durch die EBS darauf hin, daß man gerade in diffizilen Chemiefabriken besonders gut auf die gelagerten Stoffe aufpassen müsse. Zum Streit um die Deponie am Rautenweg meinte er, daß in den beiden Gutachten der Magistratsabteilung 39 sehr wohl gefährliche Schwermetalle nachgewiesen wären.

Eine Anfrage der ÖVP wurde an den zuständigen Ausschuß zugewiesen. (Forts.) rd/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Verkehr

=++++

52 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) StR. HOFMANN (SPÖ) wies darauf hin daß die wesentlichen Aufgaben seiner Geschäftsgruppe laut einer Studie längst von der Wiener Bevölkerung als positive Leistungen anerkannt wurden. So zählen der U-Bahnbau, die Südost-Tangente, die Fußgängerzonen, die Neue Donau und die Donauinsel zu den bedeutendsten kommunalpolitischen Leistungen der Gegenwart.

Entgegen vielen Prognosen nehme der Individualverkehr auch trotz Verteuerung der Erdölpreise weiter zu. Die Bewältigung des damit verbundenen Problems würde zum Umdenken bei der Verteilung des Verkehrs auffordern. Vorrang sei vor allem dem weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs einzuräumen. Der vorhandene Straßenraum sei nach den drei Kriterien Straßennetz mit erhöhter Verkehrsbedeutung, Sammelstraßen und Aufschließungsstraßen zu ordnen. Bei den bautechnischen Maßnahmen des Jahres 1981 wurden diese Zielsetzungen bereits ins Auge gefaßt. Von den 2.648 Kilometer langen öffentlichen Straßennetz in Wien konnten 450.000 Quadratmeter Fahrbahn instandgesetzt und 250.000 Quadratmeter neu hergestellt werden.

Von den bereits festgestandenen beziehungsweise geplanten Verkehrsberuhigungen konnten die Arbeiten im Bereich Franz-Josefs-Kai, Ruprechtsstiege, Rosasgasse, Bischof Faber-Platz, St. Ulrichsplatz, Stiebergasse und Reichsapfelgasse fortgeführt beziehungsweise abgeschlossen werden. Als besonderer Schwerpunkt sind die Arbeiten am Ausbau des Autobahnnetzes anzusehen. Vor allem konnte durch die Fertigstellung der A 22 ein wirksamer Verkehrsabschnitt zwischen Landesgrenze und der Floridsdorfer Brücke in Betrieb genommen werden. Diese Autobahn wurde im gesamten Wiener Abschnitt mit Lärmschutzeinrichtungen ausgestattet. (Forts.) rö/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Verkehr

=++++

53 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Bei allen Straßenbaumaßnahmen sei nunmehr auch auf den Radfahrer Rücksicht genommen worden, meinte StR. HOFMANN. Besonders die zu den Erholungsräumen führenden Verkehrsflächen wurden im Zuge ihrer Neugestaltung mit Radfahrwegen ausgestattet. Ebenso die größeren Brückenneubauten.

Im Bereich des öffentlichen Verkehrs war vor allem die planmäßige Fertigstellung des insgesamt 31 Kilometer langen U-Bahn-Grundnetzes von Bedeutung. Die Verlängerung der U-Bahn-Linie U 4 bis zur Endstelle in Hütteldorf brachte eine spürbare Verlagerung vom Individualverkehr zu den öffentlichen Verkehrsmitteln des U-Bahn-Netzes. Da im Jahr 1981 die Arbeiten im U-Bahn-Grundnetz zu Ende gingen, habe sich die Verkehrsplanung die Aufgabe gestellt, den zweiten Abschnitt des U-Bahn-Ausbaues durch Planungsvorarbeiten für die Linie U 3 und U 6 einzuleiten.

HOFMANN verwies dann auf die Unterbrechung des Innenringes ab Dezember 1981 als eine von besonderen verkehrsorganisatorischen Maßnahmen. Die eingerichteten Schleifenlösungen hätten sich bewährt, so daß eine Modifikation vorerst nicht vorgenommen werden müsse.

Weiter gelang es 1981 durch die stete Umrüstung von Leuchten einen Stromspareffekt zu erreichen. So konnte etwa die Donauufer-Autobahn beleuchtet werden, ohne daß der Strombedarf stieg. Wien zähle im internationalen Vergleich zu den bestbeleuchteten Städten Europas. (Forts.) r6/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Verkehr

=++++

54 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) regte an, die Anbindung Wiens an das regionale und überregionale Verkehrsnetz zu verbessern. Besonders bemängelte Pawkowicz, daß die Wiener Bahnhöfe über keinen U-Bahn-Anschluß verfügen. Dadurch leidet auch - trotz Takt-Verkehr - die Attraktivität der Eisenbahnlinien. Pawkowicz regte an, in Hütteldorf auch Schnellzüge halten zu lassen und damit einen Anschluß an die U 4 herzustellen. Für den Südbahnhof forderte Pawkowicz die Verbreiterung des Bahnsteiges 1 und einen Abgang von diesem Bahnsteig zum Südtiroler-Platz, womit die Verbindung zur U 1 gegeben wäre. Auch die Schaffung von weiteren Parkplätzen im Bereich des Südbahnhofs wäre günstig.

Pawkowicz wies noch auf die Möglichkeiten der vollen Nutzung des Wiener Eisenbahnnetzes hin und stellte fest, daß der Verkehrsverbund bis heute nicht verwirklicht ist. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Verkehr

=++++

55 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Wann erfolgt die Änderung des Bundesstraßengesetzes 1971 und inwieweit finden darin die Wünsche Wiens Berücksichtigung, fragte GR. Ing. KREINER (ÖVP)? Die Schaffung von Wohnstraßen war eines der Hauptanliegen von StR. HOFMANN bei dessen Amtsübernahme. Von größter Bedeutung sind dabei Information und Mitsprache der Bürger sowie Einbeziehung der Bezirksvertretungen in die Planungen. Geschieht dies nicht, dann sind es schlechte - "Hofmann'sche" - Wohnstraßen.

Die verschiedenen Aufgrabungsarbeiten in Wien sind noch immer nicht genügend koordiniert. Vor allem im Sommer kommt es regelmäßig zu einem Buastellenchaos. KREINER brachte den ANTRAG ein, eine Koordinationsstelle mit Weisungsrecht bei der Stadtbaudirektion zu schaffen. Diese Koordinationsstelle sollte einen Dreijahresplan erstellen und diesen jährlich den betroffenen Bezirksvertretungen und dem Gemeinderat vorlegen.

Weiter sieht der Antrag die Schaffung eines Baustellenausgleichsfonds vor, bei dem zu Jahresende unverbrauchte Budgetmittel einbezahlt werden können und aus dem Vorgriff für notwendige Investitionen auch ohne entsprechende budgetäre Bedeckung erfolgen könnten. Die fünfjährige Aufgrabungssperre ist konsequent - außer zur Gebrechensbehebung - durchzusetzen, die betroffene Bevölkerung und die Betriebe sind rechtzeitig zu informieren.
(Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Verkehr

=++++

56 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Neben neuen Straßenbauten brachten vor allem zahlreiche Instandsetzungen eine Verbesserung der Verkehrssituation, erklärte GR. KREMNIETZER (SPÖ). Lärmschutzeinrichtungen, Radwege und Maßnahmen zur Besserung der Verkehrssicherheit waren weitere Schwerpunkte im Berichtsjahr.

Zur Förderung des öffentlichen Verkehrs müsse das "Park-and-Ride-System" ausgebaut werden. Bei der künftigen U 1-Endstelle in Kagran sei eine entsprechende Zahl von Abstellplätzen bereits vorgesehen.

Zur Sicherheit auf den Straßen hätte auch die öffentliche Beleuchtung mit 129.667 Leuchten beigetragen sowie die MA 46 mit ihren Referaten für Verkehrsorganisation und Planung, Verkehrssicherheit und Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen.

Abschließend forderte GR. Kremnitzer einen raschen Ausbau der Donaustädter "A 24". Etwa 80.000 Kraftfahrzeuge verlassen täglich die Südost-Tangente in Richtung Donaustadt, für sie müßte eine umweltfreundliche Verbindung geschaffen werden. (Forts.) roh/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte Verkehr

=++++

57 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN sagte zu der von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ vorgebrachten Forderung nach einer Anbindung der U 1 an den Südbahnhof, die seinerzeitigen Alternativen bei der Trassenentscheidung waren gewesen, entweder den größten Bezirk Wiens an die U-Bahn anzuschließen oder einige wenige Reisende vom Südbahnhof. Es ist beabsichtigt, Doppelausgänge zu errichten, wenn die ÖBB damit einverstanden sind. Er verstehe nicht, warum die Niederösterreichische Landesregierung dem Verkehrsbund nicht zustimmt, sagte Hofmann weiter. Er befaßte sich dann mit der beabsichtigten Novelle zum Bundesstraßengesetz. Wien will dabei erreichen, daß die Trassenführung verschiedener Bundesstraßen in andere Straßenzüge gelegt wird und strebt die Aufnahme der Möglichkeit für nachträgliche Lärmschutzeinrichtungen an. Die Definition der "Wohnstraße" ist eine Angelegenheit der StVO-Novelle. Es ist sinnvoll, sie abzuwarten, statt jetzt einen Schilderwald zu errichten. Jedenfalls lägen die Vorstellungen der ÖVP und seine nicht weit auseinander.

Wenn die generelle Planung für ein Straßenstück abgeschlossen ist, müssen noch entscheidende Vorarbeiten vor einer Realisierung durchgeführt werden: Paragraph 4-Verordnung des Bautenministeriums, Grundfreimachung und Detailplanung, schließlich vor allem auch um die Mittelzuteilung des Bundes. Wenn diese Mittel für den Bau der Donauuferautobahn konzentriert werden, werde man einige Jahre voll beschäftigt sein, dann sei die Zeit für eine Lösung der Frage der A 24, und dann werde man sich auch der A 21 widmen, die überdies beträchtliche Einflüsse auf die Südosttangente haben wird, schloß Hofmann. (Forts.) and/bs

NNNN

30. Juni 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1984

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Rechnungsabschluß angenommen

=++++

58 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort wies Stadtrat MAYR (SPö) auf die Notwendigkeit eines Verkehrsverbundes für die Ostregion hin. Leider habe Niederösterreich einer gemeinsamen Regelung immer noch nicht zugestimmt.

ABSTIMMUNG: Der öVP-Antrag zur Durchführung einer Volksabstimmung in Wien zum Neubau des Konferenzzentrums wurde mit den Stimmen der SPö abgelehnt. Alle übrigen Anträge der öVP und FPö wurden zugewiesen.

Der RECHNUNGSABSCHLUSS für das Jahr 1981 wurde mit den Stimmen der SPö ANGENOMMEN.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 22.05 Uhr unterbrochen.
(Schluß) ba/gg

NNNN